



Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb
der Stadt Augsburg
Riedingerstraße 40 – 86153 Augsburg

Übernahme und Verwertung von Altholz der Kategorien I bis III

Leistungsbeschreibung und Besondere Vertragsbedingungen

Inhaltsverzeichnis

1. Leistungsgegenstand.....	3
2. Auftraggeber.....	3
3. Ausführungsort / Übergabestelle / Umschlagplatz	3
4. Mengenabschätzung	4
5. Allgemeine Leistungspflichten	5
5.1. Leistungen des Auftraggebers.....	5
5.2. Leistungen des Auftragnehmers.....	5
5.3. Leistungsstörungen und Informationspflicht	6
5.4. Loyalitätspflicht.....	7
5.5. Kontrollrecht und Weisungsbefugnis	7
5.6. Qualität und Verbesserungen.....	7
6. Allgemeine Anforderungen.....	7
6.1. Anforderungen an das eingesetzte Personal.....	8
6.2. Änderung der Leistung	8
6.3. Verantwortungsbereich.....	8
6.4. Unterauftragnehmer.....	9
7. Spezielle Anforderungen an den Auftragnehmer	10
7.1. Gestellung eines Umschlagsplatzes	10
7.2. Verwiegung.....	10
7.3. Reklamationen.....	11
7.4. Verwertung	11
8. Vertragsbestandteile	12
9. Vertragszeitraum, Kündigung	12
9.1. Zeitraum	12
9.2. Kündigung.....	12
10. Preise und Abrechnung.....	13
10.1. Preise.....	14
10.2. Abrechnung.....	14
11. Haftung & Versicherung	15
12. Dokumentation.....	15
13. Abtretungsverbot, Aufrechnung	16
14. Schriftform	16

1. Leistungsgegenstand

Leistungsgegenstand ist die Übernahme und ordnungsgemäße und rechtskonforme Verwertung von jährlich ca. 5.500 Mg Altholz der Kategorien I bis III aus den Sammelsystemen der Stadt Augsburg ab dem 01.03.2026 bis 28.02.2027.

Die Sammlung der Altholz-Fraktionen und die Beförderung zu der/dem vom Bieter benannten Übergabestelle/Umschlagplatz sind nicht Gegenstand der ausgeschriebenen Leistung.

2. Auftraggeber

Die kreisfreie Stadt Augsburg liegt im Südwesten des Bundeslandes Bayern in der Bundesrepublik Deutschland und umfasst eine Fläche von ca. 145 km². Sie ist über die Bundesautobahn A 8 sowie über die Bundesstraßen B 2, B 17 und B 300 an das bundesdeutsche Straßennetz angebunden.

Zum Stichtag 31.12.2024 lebten 308.040 Einwohner in der Stadt Augsburg. Weitere Informationen zur Stadt Augsburg und zur Abfallwirtschaft sind unter www.augsburg.de bzw. aws.augsburg.de zu finden.

Der Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg (aws) ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (örE, § 17 Abs. 1 Satz 1 KrWG) u. a. für die gesamte Abfallwirtschaft in der Stadt Augsburg zuständig.

Die Stadt Augsburg hat zur Erfassung von Altholz ein Holsystem im Rahmen der Sperrmüllabfuhr eingeführt. Die Einsammlung erfolgt im Eigenbetrieb. Zudem ist ein Bringsystem über Wertstoff- und Servicepunkte (derzeit 4) der Stadt Augsburg eingerichtet. Des Weiteren erfolgt die Erfassung in geringfügigem Umfang an gewerblichen Anfallstellen. Die Abfuhr der eigenen Behälter zum Auftragnehmer erfolgt ebenfalls im Eigenbetrieb.

Die Stadt Augsburg beabsichtigt Dritte gemäß § 22 Abs. 1 KrWG mit der Übernahme und der Verwertung von Altholz der Stadt Augsburg zu beauftragen.

3. Ausführungsort / Übergabestelle / Umschlagplatz

Die Übernahme der zu verwertenden Altholz Fraktionen erfolgt beim Auftragnehmer an der von ihm in seinem Angebot angegebenen Übergabestelle/Umschlagplatz. Diese darf ausschließlich innerhalb eines Radius von maximal 20 km einfache Wegstrecke (Straßenkilometer) vom Hauptdepot des Auftraggebers, Riedingerstrasse 40, 86153 Augsburg liegen, da ein darüberhinausgehender Transport für den Auftraggeber unwirtschaftlich wäre.

Die Übergabestelle/Umschlagsplatz muss über eine geeichte Fahrzeugwaage verfügen, die die Anlieferfahrzeuge des Auftraggebers vor und nach der Entladung wiegt. Dem Fahrer des Anlieferfahrzeuges ist bei Ausfahrt ein Durchschlag des Wiegescheins zu übergeben. Die Kosten für die Verwiegungen sind in das Entgelt für Übernahme, Aufbereitung, Handling und Zuführung zur Verwertung pro Tonne einzurechnen und werden nicht separat vergütet.

An der Übergabestelle/Umschlagsplatz ist die Anlieferung von Altholz an Werktagen von Mo. – Fr. 7.00 – 17.00 Uhr (letzte Einfahrtsmöglichkeit bis 16:30 Uhr) zu gewährleisten. Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass die Fahrzeuge ohne wesentliche Verzögerung das Altholz entladen können. Werden Anlieferungszeiten (=einwiegen, kippen, auswiegen) durch Umstände, die der Auftragnehmer bzw. die vom Auftragnehmer beauftragte Übergabestelle/Umschlagplatz zu vertreten hat, bei einem Fahrzeug um mehr als 30 Minuten überschritten, kann der Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 50,00 € je Überschreitung gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen. Nachweis sind die Uhrzeitangaben auf dem Wiegeschein.

Rückwärtsfahrstrecken länger als 30 m, Engstellen und knappe Rangierflächen zum Entladen sind dem Auftraggeber nicht zumutbar. Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass stets genügend freie Fläche zum Entladen des Altholzes vorhanden ist. Die Fahr- und Rangierflächen müssen zudem ausreichend und sicher befestigt sein.

4. Mengenabschätzung

Der Auftraggeber erfasst an seinen Wertstoff- und Servicepunkten Altholzabfälle aus privaten Haushalten sowie bei der Sperrmüllabfuhr und im geringfügigen Umfang aus gewerblichen Anfallstellen. Dabei können Althölzer der Kategorie A I bis III mit folgenden Abfallschlüsselnummern enthalten sein:

- 20 01 38 Holz mit Ausnahme von 20 01 37 – überwiegender Anteil
- 15 01 03 Verpackungen aus Holz
- 17 02 01 Holz

Die vom Auftraggeber gesammelten Mengen an Altholz belaufen sich auf folgende Tonnagen:

2021	2022	2023	2024
6.652 Mg	7.130 Mg	6.119 Mg	5.529 Mg

Der Auftraggeber geht von einer gleichbleibenden Menge für den Ausschreibungszeitraum von ca. 5.500 Mg pro Vertragsjahr aus. Mögliche

Schwankungen der Mengen können nicht ausgeschlossen werden. Der Auftraggeber kann keine Garantie für die Lieferung der Mengen übernehmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Mengenanfall sowohl saisonalen als auch kurzfristigen (tagesbezogenen) Mengenschwankungen unterworfen ist. Auch der Mengenanfall im Laufe eines Arbeitstages selbst kann nicht fest vorhergesagt werden. Diese Schwankungen werden sich fortsetzen, wobei die Ausprägung der Schwankungen sowohl saisonal als auch tagesbezogen in Abhängigkeit von vielen Faktoren (Ferien, Feiertage, sonstige Sammlungen, Konjunktur) nicht vorhergesehen werden kann. Auch kann nicht gewährleistet werden, dass die prognostizierten Jahresmengen über die Vertragslaufzeit stets erreicht werden.

5. Allgemeine Leistungspflichten

5.1. Leistungen des Auftraggebers

Der Auftraggeber transportiert das Altholz kostenfrei bis zu 10 km (ab dem 10,1 km werden 3€ pro km angesetzt) mit Sammelfahrzeugen (Pressmüllfahrzeugen, Abroll- und Absetzfahrzeugen) zur Übergabestelle /Umschlagsplatz des Auftragnehmers im vorgegebenen Bereich und entlädt dort das gesammelte Altholz. Die Abrechnung der Lieferkosten erfolgt separat.

Der Auftraggeber trägt im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu bei, dass das zu übernehmende Altholz möglichst satzungsgemäß und sortenrein, d.h. möglichst ohne Störstoffe, erfasst wird. Eine Garantie für eine vollständige satzungsgemäße und sortenreine Bereitstellung kann vom Auftraggeber nicht übernommen werden.

5.2. Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei allen im Zusammenhang mit diesem Vertrag durchzuführenden Maßnahmen eine geringstmögliche Beeinträchtigung der Umwelt sicherzustellen und sämtliche Rechtsnormen, die auf die vertragsgegenständlichen Leistungen anzuwenden sind einschließlich untergesetzlichen Regelwerken sowie behördlichen Bestimmungen und Auflagen in ihrer jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Sämtliche Rechtsnormen, die auf die ausgeschriebene Leistung anzuwenden sind, insbesondere auch das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) nebst untergesetzlichem Regelwerk, das Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG), die Altholzverordnung (AltholzV) und die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Augsburg, sind in ihrer jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

Im Rahmen des Vertragsverhältnisses ist der Auftraggeber in begründeten Einzelfällen befugt, dem Auftragnehmer oder seinen Mitarbeitern ergänzende Anweisungen zu erteilen, die Priorität vor den Regelungen der

Abfallwirtschaftssatzung haben. Die Anweisungen dürfen für den Auftragnehmer nicht unzumutbar sein.

Der Auftragnehmer hat sämtliche für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Etwaige behördliche, insbesondere umweltrechtliche Bestimmungen und Auflagen sind zu beachten. Ferner zu beachten sind Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen Regeln. Der Auftragnehmer ist für die Erfüllung der arbeitsrechtlichen, sicherheitsrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinem Personal allein verantwortlich.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, beim Umgang mit den im Rahmen dieses Vertrags erhaltenen Informationen und Daten die geltenden Bestimmungen bzgl. des Datenschutzes einschließlich der EU-DSGVO zu beachten.

Alle für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistung erforderlichen behördlichen Genehmigungen sind vom Auftragnehmer zu erwirken und über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Zudem hat der Auftragnehmer die jeweiligen genehmigungsrechtlichen Anforderungen inkl. aller Nebenaufgaben für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen einzuhalten bzw. ihnen nachzukommen. Er überprüft seine Leistungserbringung und die der von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer laufend auf Übereinstimmung mit den rechtlichen Grundlagen und Anforderungen sowie der Genehmigungslage. Ergeben sich in diesen Bereichen Änderungen oder zeichnen sich Änderungen ab, so informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darüber und weist auf mögliche Auswirkungen hin.

Die Einrichtungen und technischen Mittel zur Erbringung der angebotenen Dienstleistung (z.B. Übernahmestelle, Anlage(n), Fahrzeuge etc.) müssen dem jeweils aktuellen Stand der Technik entsprechen und dementsprechend betrieben werden.

5.3. Leistungsstörungen und Informationspflicht

Störungen, die dazu führen, dass die Leistungen durch den Auftragnehmer nicht ordnungsgemäß und/oder rechtzeitig erbracht werden können, sind dem Auftraggeber unabhängig von Art und Ursache unverzüglich und unaufgefordert schriftlich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet unverzüglich und auf eigene Kosten Abhilfe zu schaffen, sofern der Grund für die Hinderung in seinem Verantwortungsbereich liegt. Insbesondere muss jederzeit vom Auftragnehmer gewährleistet werden, dass der Auftraggeber die anfallenden Mengen an einer geeigneten Übergabestelle/Umschlagsplatz anliefern kann. Über die betreffenden Maßnahmen ist der Auftraggeber ebenfalls schriftlich und unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über alle für die Erfüllung des Vertrages wesentlichen Umstände wie z. B. technische und sonstige Störungen, Unfälle usw. unverzüglich zu informieren. Der Auftragnehmer hat insbesondere

Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, unverzüglich mündlich und innerhalb von zwei Werktagen noch einmal schriftlich mitzuteilen.

5.4. Loyalitätspflicht

Die Vertragspartner verpflichten sich zur kooperativen Zusammenarbeit.

Veröffentlichungen in öffentlich zugänglichen Medien über die vertragsgegenständlichen Leistungen sind nur durch den Auftraggeber nach Abstimmung mit dem Auftragnehmer möglich. Siehe hierzu auch Ziffer 7.4 Verwertung.

5.5. Kontrollrecht und Weisungsbefugnis

Der Auftraggeber oder ein vom ihm beauftragter Dritter ist befugt, die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers zu überwachen. Dem Auftraggeber bzw. dem beauftragten Dritten ist es zu diesem Zweck gestattet, die Grundstücke und Anlagen des Auftragnehmers zu betreten und zu besichtigen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber auf Anfrage alle Auskünfte erteilen, die mit der Erfüllung dieses Vertrages im Zusammenhang stehen. Dabei ist vom Auftragnehmer auch Einsicht in Dokumente im Zusammenhang mit der Leistungserbringung zu gewähren (z. B. Betriebstagebuch).

Der Auftraggeber darf dem Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages die zur Vertragserfüllung notwendigen Weisungen erteilen. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese schriftlich festzulegen. Bei Eilbedürftigkeit reicht zunächst eine mündliche Anordnung aus. Diese ist jedoch innerhalb einer Woche schriftlich zu bestätigen.

5.6. Qualität und Verbesserungen

Die Parteien verpflichten sich zu einem jährlichen Abstimmungsgespräch, um etwaige Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten zu besprechen. Im Ergebnis werden konkrete Zielvereinbarungen zur ständigen Verbesserung der Leistung getroffen. Sollten durch die Umsetzung von Verbesserungsmöglichkeiten Kosten entstehen, müsste die Aufteilung der Kosten im konkreten Einzelfall geklärt werden. Die Vereinbarungen und deren Durchführung werden Bestandteil des geschlossenen Vertrages und sind zu protokollieren.

6. Allgemeine Anforderungen

Der Auftraggeber steht – bedingt durch den öffentlichen Auftrag „Sicherstellung der Abfallentsorgung“ – permanent im Lichte der Öffentlichkeit. Ziel des Auftraggebers ist es, alle Aufgaben auf qualitativ hohem Niveau abzuwickeln. Dies gilt auch für den Auftragnehmer. In diesem Sinne bemühen sich beide Seiten um ein gutes Gesamterscheinungsbild in der Öffentlichkeit. Sie vertreten gemeinsam die jeweils gültige Abfallwirtschaftssatzung des Auftraggebers und vermeiden alles, was

geeignet ist, das Ansehen des jeweils anderen Vertragspartners zu schädigen. Meinungsverschiedenheiten werden durch interne Abstimmung beseitigt.

6.1. Anforderungen an das eingesetzte Personal

Der Auftragnehmer benennt spätestens zwei Wochen vor Leistungsbeginn für die Laufzeit des Vertrages einen verantwortlichen Ansprechpartner mit selbständiger Entscheidungsgewalt. Der verantwortliche Ansprechpartner des Auftragnehmers muss zu üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar sein. Der Ansprechpartner muss ferner insoweit befugt sein, dass Beschwerden und Nachfragen aufgenommen und unverzüglich abgearbeitet werden bzw. für Abhilfe gesorgt wird. Änderungen, Personalwechsel o.ä. in Bezug auf den Ansprechpartner sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, neues Personal vor dem ersten Einsatz und vorhandenes Personal in regelmäßigen Abständen (mindestens einmal jährlich) zu schulen. Inhalt der Schulungen sind die wesentlichen Vorgaben zur Leistungserbringung dieses Vertrags. Die Schulungen sind zu dokumentieren und durch Unterschrift der Teilnehmer zu bestätigen. Auf Verlangen ist diese Dokumentation dem Auftraggeber vorzulegen.

6.2. Änderung der Leistung

Es gilt § 2 VOL/B mit der Maßgabe, dass der Auftraggeber unter den dort genannten Voraussetzungen auch solche Leistungsänderungen verlangen kann, die sich nicht auf die Beschaffenheit der Leistung beziehen. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass sich die einschlägigen abfallrechtlichen Bestimmungen und Gesetze oder die Abfallwirtschaftssatzung des Auftraggebers ändern. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer so bald als möglich auf geplante Änderungen hinweisen.

Werden durch vom Auftraggeber geforderte Leistungsänderungen die Grundlagen des Preises für die im Vertrag vorgesehene Leistung geändert, so ist ein neuer Preis unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten zu vereinbaren; diese Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen (§ 2 Nr. 3 VOL/B).

Können sich die Parteien nicht auf eine nach den vorstehenden Bestimmungen vorzunehmende Anpassung der Vergütung einigen, kann jede Partei eine Klärung durch das zuständige Gericht herbeiführen lassen. Ein Leistungsverweigerungsrecht kann nicht auf eine noch nicht erfolgte Einigung gestützt werden.

6.3. Verantwortungsbereich

Der Auftragnehmer hat die vertraglich geschuldeten Leistungen in eigener Verantwortung zu erbringen.

Die Nutzung von Straßen, Wegen, Zufahrten usw. sowie der Transport der Abfälle auf öffentlichen Straßen und innerhalb von Entsorgungs- oder Verwertungsanlagen erfolgt in eigener Verantwortung und auf eigene Gefahr des Auftragnehmers.

Das vom Auftragnehmer zu übernehmende Altholz geht mit Beginn des Entladevorgangs auf dem Gelände des Umschlagsplatzes/Übernahmestelle des Auftragnehmers in den Verantwortungsbereich des Auftragnehmers über. Damit geht auch die Gefahr mit Beginn des Entladevorgangs auf den Auftragnehmer über.

Im Abfall gefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.

6.4. Unterauftragnehmer

Mit Ausnahme der im Angebot angegebenen Teilleistungen von Unterauftragnehmern darf der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers die Verpflichtungen aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise auf Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist auch erforderlich bei einer Weitervergabe von unwesentlichen Teilleistungen oder von Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet sein sollte. Unterauftragnehmer können nur mit Zustimmung des Auftraggebers gewechselt werden. Ein Unterauftragnehmer ist ohne Zustimmung des Auftraggebers ferner nicht berechtigt, Verpflichtungen aus seiner Beauftragung ganz oder teilweise an weitere Unterauftragnehmer zu übertragen.

Der Bieter hat bei der Vergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer sicherzustellen, dass

- die Anforderungen dieses Vertrages, insbesondere die Anforderungen an die Übernahme und Verwertung des Altholzes, eingehalten werden;
- bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge nach Gesichtspunkten des Wettbewerbsverfahrens wird und dabei kleine und mittlere Unternehmen nicht benachteiligt werden. Die Vorgaben in § 97 GWB sind einzuhalten;
- der Unterauftragnehmer davon in Kenntnis gesetzt wird, dass seine Leistung der Erfüllung eines öffentlichen Auftrags dient.

Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen, die geeignet im Sinne der §§ 122 und 128 GWB sind. Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name und Anschrift des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers in Textform bekannt zu geben. Sollen Leistungen, die Unterauftragnehmern übertragen sind, weiter vergeben werden, ist dies dem Auftraggeber vor der beabsichtigten Übertragung in Textform bekannt zu geben. Die vorstehenden Sätze gelten entsprechend.

Auch im Fall der Zustimmung durch den Auftraggeber haftet der Auftragnehmer in vollem Umfang für die Leistung und Tätigkeit des Unterauftragnehmers und hält den Auftraggeber insoweit von allen Ansprüchen Dritter frei.

Überträgt der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer, kann der Auftraggeber ihm eine angemessene Frist zur Aufnahme der Leistungen im eigenen Betrieb setzen und erklären, dass er ihm nach ergebnislosem Ablauf der Frist den Auftrag entzieht.

7. Spezielle Anforderungen an den Auftragnehmer

7.1. Gestellung eines Umschlagsplatzes

Die Übernahme der zu verwertenden Altholz Fraktionen erfolgt beim Auftragnehmer an der von ihm in seinem Angebot angegebenen Übergabestelle/Umschlagsplatz. Diese darf ausschließlich innerhalb eines Radius von maximal 20 km einfache Wegstrecke (Straßenkilometer) vom Hauptdepot des Auftraggebers, Riedingerstrasse 40, 86153 Augsburg liegen, da ein darüberhinausgehender Transport für den Auftraggeber unwirtschaftlich wäre.

7.2. Verwiegung

Das im Stadtgebiet gesammelte Altholz wird vom Auftraggeber an den benannten Umschlagsplatz/Übergabestelle geliefert und entladen.

Die angelieferten Abfälle sind vom Auftragnehmer unmittelbar vor und nach dem Entladen auf einer geeichten Fahrzeugwaage mit einer Einfahrts- und Ausfahrtsverwiegung zu verwiegen. Eine „Einmalverwiegung“ mit einem hinterlegten Leergewicht ist nicht zulässig. Bei einem Ausfall der Waagen-EDV sind handschriftliche ausgestellte Wiegescheine an die Fahrer zu übergeben, falls vom Ausfall nur der Ausdruck von Wiegescheinen, nicht aber die Anzeige des Gewichts betroffen ist. Lässt sich das Gewicht nicht mehr anzeigen, hat der Auftragnehmer für eine anderweitige Verwiegung zu sorgen. Falls es hierfür einer Umleitung der Entsorgungsfahrzeuge bedarf, setzt sich der Auftragnehmer hierüber zwecks Abstimmung mit dem Auftraggeber umgehend in Verbindung.

Die vom Auftragnehmer auszustellenden Wiegescheine müssen mindestens folgende Angaben enthalten:

- Name der als Übergabestelle/Umschlagplatz vorgesehenen Anlage
- Datum und Uhrzeit der Ein- und Ausgangsverwiegung
- Wiegescheinnummer
- Kennzeichen des Entsorgungsfahrzeuges
- Bezeichnung des Abfalls/Fraktion (Altholz vorgebrochen der Stadt Augsburg) inkl. AVV Schlüssel
- Brutto, Tara und Nettogewicht
- Herkunftsstellen des Abfalls/Fraktion
 - 01 Sperrmüllsammlung

- 02 Wertstoff- und Servicepunkt Deponie (Oberer Auweg)
- 03 Wertstoff- und Servicepunkt Ost (Johannes-Haag-Straße)
- 06 Wertstoff- und Servicepunkt Süd (Unterer Talweg)
- 07 Wertstoff- und Servicepunkt Nord (Holzweg)
- 08 Hauptdepot
- 09 Contact
- 12 Stadtmarkt Augsburg
- Unterschriften des Fahrers bzw. Beifahrers und des Wägepersonals

7.3. Reklamationen

Das übernommene Altholz ist vom Auftragnehmer unmittelbar bei Übernahme hinsichtlich der Qualität zu prüfen. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass Altholz aus kommunaler Sammlung stets auch Störstoffe enthalten kann. Störstoffe berechtigen den Auftragnehmer nicht zur Zurückweisung.

Sollten wider Erwarten Störstoffe deutlich über das übliche Maß hinaus enthalten sein, so ist der Auftragnehmer berechtigt, die Qualität unverzüglich und in Textform (E-Mail) unter Beifügung von Bildmaterial beim Auftraggeber zu reklamieren. Im Falle einer Reklamation ist der Auftragnehmer verpflichtet, die betroffenen Mengen getrennt zu halten und eine Inaugenscheinnahme durch den Auftraggeber zu ermöglichen. Die Vertragsparteien werden zügig einen einvernehmlichen Lösungsvorschlag zur Regulierung der Reklamation erarbeiten und umsetzen.

7.4. Verwertung

Das übernommene Altholz ist vom Auftragnehmer einer schadlosen und ordnungsgemäßen Verwertung auf Grundlage der Bestimmungen der AltholzV (Verordnung über Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz) in ihrer jeweils gültigen Fassung zuzuführen. Gemäß §§ 6 Abs. 2, 8 Abs. 1 KrWG hat die Verwertungsmaßnahme Vorrang, die den Schutz von Menschen und Umwelt am besten gewährleistet.

Für eine umweltverträgliche Verwertung nötige Aufbereitungsmaßnahmen, wie Sortierung oder Zerkleinerung u. ä., sind in den Leistungen des Auftragnehmers enthalten.

Bestandteile, die kein Holz sind, sind einer dafür zugelassenen Verwertung bzw. Beseitigung zuzuführen. Die einschlägigen Rechtsnormen sind zu beachten.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unaufgefordert nach Auftragserteilung in einer gesonderten Datei (Word/PDF) den gesamten Verwertungsweg unter Benennung des/der Verwertungsverfahren(s) und der Verwertungsanlage(n) darzustellen und die entsprechenden Zertifikate und Genehmigungen vorzulegen. Die Darstellung ist als textliche Beschreibung vorzulegen, der optional ein Fließbild beizufügen ist.

Diese Informationen dienen dem Auftraggeber auch für Presseanfragen z.B. der Augsburger Allgemeinen und Anfragen des Stadtrates sowie Bürgeranfragen. Name(n) und Anschrift(en) der Verwertungsanlage(n) werden gegenüber der Öffentlichkeit nicht preisgegeben. Der Auftragnehmer ist mit der Veröffentlichung der Inhalte der Datei ohne Nennung von Namen und Anschrift der Verwertungsanlage(n) einverstanden.

8. Vertragsbestandteile

Vertragsbestandteile sind, bei Widersprüchen untereinander, in folgender Reihenfolge:

- die Bestimmungen dieser Leistungsbeschreibung und Besonderen Vertragsbedingungen,
- das Angebot des Auftragnehmers mit Anlagen, u.a. Anlage Preisblatt,
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 2003 (BAnz. Nr. 178a).

Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers haben keine Gültigkeit.

9. Vertragszeitraum, Kündigung

9.1. Zeitraum

Der Vertrag kommt mit Erteilung des Zuschlags zustande.

Kann der Zuschlag nicht rechtzeitig erteilt werden (etwa im Falle eines Nachprüfungsverfahrens) verschiebt sich der vorgenannte Ausführungszeitraum entsprechend nach hinten. Die gesamte Dauer des Ausführungszeitraums (12 Monate) bleibt davon unberührt.

Das Recht der Vertragsparteien zur Kündigung aus wichtigem Grund (Ziffer 9.2) bleibt unberührt.

9.2. Kündigung

Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann der Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist oder nach Wahl des Kündigungsberechtigten mit einer Auslauffrist von bis zu 6 Monaten gekündigt werden. Ein solch wichtiger Grund liegt vor, wenn z. B. die für die Durchführung der Leistungen erforderlichen Genehmigungen widerrufen oder zurückgenommen werden oder sonst entfallen.

Der Auftraggeber ist außerdem berechtigt fristlos oder nach seiner Wahl mit einer Auslauffrist von bis zu 6 Monaten zu kündigen, wenn

- der Auftragnehmer seine Zahlungen einstellt (zahlungsunfähig ist) oder über sein Vermögen ein Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird oder sich der Auftragnehmer im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- der Auftragnehmer eine Verpflichtung aus diesem Vertrag trotz zweimaliger schriftlicher Abmahnung nicht erfüllt,
- dem Auftragnehmer die Verletzung von wesentlichen behördlichen Auflagen, Genehmigungen oder gesetzlichen Vorschriften oder eine illegale Abfallentsorgung nachgewiesen wird,
- der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer übertragen hat und trotz einer unter Androhung der Auftragsentziehung gesetzten Frist, die Leistungen nicht wieder im eigenen Betrieb aufgenommen hat,
- der Auftragnehmer nachweislich unzulässige wettbewerbsbeschränkende Absprachen getroffen hat, insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über Preise, Gewinnaufschläge, Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, Gewinnbeteiligung oder andere Angaben, es sei denn, dass sie nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind,
- der Auftragnehmer Personen, die seitens des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile (vgl. §§ 331 ff. StGB) anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.
- der Auftraggeber aufgrund eines Beschlusses der Gremien der Stadt Augsburg keine Verwertung von Altholz durch Dritte durchführen soll.

Der Auftraggeber ist berechtigt, in diesen und in anderen Fällen der fristlosen Kündigung, die noch nicht erbrachten Leistungen zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten durchführen zu lassen. Den hieraus entstehenden Schaden hat der Auftragnehmer zu ersetzen. Die bis zur Kündigung erbrachten Leistungen werden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen abgerechnet und bezahlt.

10.Preise und Abrechnung

10.1. Preise

Der angebotene Einheitspreis für Übernahme, Aufbereitung, Handling sowie Zuführung zur Verwertung inkl. sämtlicher Nebenleistungen versteht sich als Festpreis über die Vertragslaufzeit. Insbesondere sind darin sämtliche Kosten für eine ggfs. notwendige Sortierung, Aufbereitung, Lagerung, Verladung und Zuführung zur Verwertung notwendigen Kosten enthalten.

Der Marktpreis wird festgesetzt gemäß der i.d.R. vierteljährlichen Veröffentlichung der Verwerter-Ankaufpreise für Altholz im EUWID. Maßgeblich ist der jeweils gültige „EUWID – behandeltes Altholz vorgebrochen (0-300mm) – Süden; mittlerer EUWID“ (Pos. II) unter Berücksichtigung des Auf- bzw. Abschlags gemäß Preisblatt.

Ein dort veröffentlichter Indexwert bedeutet bei einem negativen Vorzeichen, dass der Auftraggeber eine Zuzahlung an den Auftragnehmer zu leisten hat, bei einem positiven Vorzeichen, dass der Auftragnehmer eine Vergütung an den Auftraggeber zu leisten hat.

10.2. Abrechnung

Abrechnungsgrundlage für die Leistungen sind die an der Übernahmestelle/Umschlagplatz übernommenen und verworgenen Altholzmengen des jeweiligen Abrechnungsmonats gemäß Wiegescheine.

Etwaige Unstimmigkeiten hat der Auftragnehmer selbst durch Vergleich seiner Aufzeichnungen mit den Unterlagen des Auftraggebers aufzuklären.

Übernahme, Aufbereitung, Handling sowie Zuführung zur Verwertung einerseits sowie Vermarktung andererseits sind als Rechnung bzw. Gutschrift getrennt abzurechnen.

Vermarktungserlöse sind als Gutschrift getrennt abzurechnen. Die Vermarktungserlöse sind ohne Umsatzsteuer, es sei denn, es ist nachdem jeweils anwendbaren gesetzlichen Vorschriften eine Umsatzsteuer auszuweisen, gutzuschreiben.

In den Rechnungen bzw. Gutschriften für die Vermarktung sind der jeweils gültige EUWID, der jeweils gültige EUWID Preis sowie der angebotene Auf- oder Abschlag separat auszuweisen.

Sämtliche Rechnungen des Auftragnehmers sind in 2-facher Ausfertigung mit den zugehörigen Wiegescheinen für den Abrechnungsmonat jeweils spätestens bis zum 10. Werktag des Folgemonats beim Auftraggeber einzureichen. Mit den Rechnungen sind neben den Wiegescheinen alle Wiededaten als Excel-Datei, sortiert nach den einzelnen Herkunftsstellen (siehe Ziffer 7.2 Verwiegung) sowie die Gesamtsumme der Anlieferungsmengen aller Herkunftsstellen einzureichen.

Zahlungen sind frühestens 30 Tage nach Eingang der prüffähigen Rechnung beim Auftraggeber fällig.

Alle Zahlungen werden bargeldlos geleistet.

Der Auftragnehmer wird Überzahlungen unverzüglich zurückzahlen. Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Im Fall einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den zu erstattenden Betrag – ohne Umsatzsteuer – vom Empfang der Zahlung an mit 4 % p. a. zu verzinsen. § 197 BGB findet keine Anwendung.

Einwände gegen die Richtigkeit der Abrechnung berechtigen nicht zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung der unstrittigen Beträge. Streitigkeiten über das zu zahlende Entgelt berechtigen nicht zur Einstellung der vertraglich zu erbringenden Leistungen.

Der Auftragnehmer haftet für die steuerliche Richtigkeit.

11. Haftung & Versicherung

Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften für alle Schäden des Auftraggebers, dessen Bediensteten oder Dritten, die der Auftragnehmer im Vollzug dieses Vertrages verursacht. Er stellt den Auftraggeber oder dessen Bedienstete von allen Ansprüchen frei, die Dritte wegen eines schuldhaften Verhaltens des Auftragnehmers geltend machen.

Der vertragliche oder gesetzliche Umfang der Haftung des Auftragnehmers wird durch dessen Versicherungen weder im Umfang eingeschränkt noch auf die Versicherungssumme beschränkt.

Der Auftraggeber haftet nicht für Personen-, Sach- oder Vermögensschäden des Auftragnehmers oder seiner Beauftragten, die im Zuge der Leistungserbringung des Auftragnehmers, etwa durch das angelieferte Altholz etc., entstehen.

12. Dokumentation

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber folgende Dokumentationen zeitnah zum Vertragsende unaufgefordert zu übergeben:

- Erstellung einer für das gesamte vorangegangene Jahr zusammenfassenden Jahresstatistik mit folgendem Inhalt: monatliche Mengen, Jahresgesamtmenge, Outputmengen mit Nennung der Verwertungsanlagen
- Benennung der Verwertungs- und Beseitigungswege für Anlagenoutput, Störstoffe und sonstige Abfallbestandteile sowie deren anteilige Mengen

13. Abtretungsverbot, Aufrechnung

Abtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

Der Auftragnehmer ist zur Aufrechnung oder Geltendmachung von Leistungsverweigerungsrechten nur berechtigt, wenn die Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt oder unstreitig sind.

14. Schriftform

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Für die Aufhebung der Formabrede ist ebenfalls die Schriftform erforderlich. Mündliche Abreden sind nicht bindend. Bei Eilbedürftigkeit reicht zunächst eine mündliche Vereinbarung aus. Diese ist jedoch innerhalb einer Woche schriftlich zu bestätigen.